



## Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e.V.

**MEW-News 2/2026**  
vom 27.3.2026

### Themen:

- [MEW zur aktuellen Diskussion um die Tankstellenpreise](#)
- [Talking Energy: Mobilität für alle? Zwischen Klimazielen, Kosten und Zusammenhalt](#)
- [Erneute Verschiebung der Weiterentwicklung der THG-Quote – Koalition uneinig](#)
- [Mitgliederabend der afm+e in Hamburg: Wärmemarkt im Fokus](#)
- [Delegationsreise nach Brüssel – ein Rückblick](#)
- [MEW, en2x, afm+e und bft zum Kraftstoffmaßnahmenpaket: Regierungspläne verfassungsrechtlich bedenklich](#)
- [Kalender](#)
- [Zahl des Monats](#)
- [Pressespiegel](#)

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

---

Brandneue Meldungen vom MEW finden Sie in unserem LinkedIn-Kanal.  
Folgen Sie uns!

Zu LinkedIn

---



## MEW zur aktuellen Diskussion um die Tankstellenpreise

Die aktuelle Diskussion um die stark gestiegenen Kraftstoffpreise an den Tankstellen in Folge des Krieges im Iran ist nicht zu überhören: Die Mineralölbranche sieht sich dem Vorwurf der „Abzocke“ ausgesetzt und wehrt sich dagegen.

Schauen wir auf die Fakten:

Die internationalen Ölpreise sind nach den ersten Angriffen auf den Iran am 28. Februar 2026 stark gestiegen und tun es weiterhin mit erheblichen Schwankungen. Der Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus ist fast komplett zum Erliegen gekommen, rund 20 Prozent des weltweiten Bedarfs an Rohöl sowie 25 Prozent an LNG müssen diese Meerenge passieren. Auch können derzeit Fertigprodukte aus den Raffinerien in dieser Region nur sehr eingeschränkt exportiert werden. Insbesondere bei den Mitteldestillaten kommt diesen Raffinerien, auch bedingt durch die bestehenden Sanktionen gegen Russland, eine wichtige Rolle zu. Dies ist ein wesentlicher Grund für den überproportionalen Anstieg der Preise für diese Produkte. Vor diesem Hintergrund hat die Internationale Energieagentur (IEA) über ihre Mitgliedsländer mit der größten Freigabe von staatlichen Notreserven in ihrer Geschichte reagiert und ca. 400 Millionen Barrel für den Markt freigegeben.

Ein Großteil der Tankstellen in Deutschland wird auf Basis von Jahresverträgen versorgt, die monatlich abgerechnet werden. Das wird vornehmlich auf marktüblichen Preisindizes durchgeführt, deren Fixierung werktäglich auf Tagespreisen im Großhandel erfolgt. Somit ist für Käufer und Verkäufer gewährleistet, dass beide Vertragsparteien marktübliche Preise erzielen.

Bei Betrachtung der Preisbewegungen an den internationalen Ölbörsen seit dem 28. Februar 2026 und den deutschen Tankstellenpreisen im selben Zeitraum, ist eine Korrelation – vor allem im Dieselkraftstoff – gut zu erkennen.

Beim Blick in die europäischen Nachbarländer mag das nicht überall der Fall sein, aber das liegt daran, dass die Gegebenheiten nicht überall gleich sind: Teilweise gibt es bereits staatliche Regulierung bei der Preissetzung oder es gibt eine marktdominante Staatsgesellschaft oder es wurden gleich zu Beginn des Krieges Steuern gesenkt.

Die Politik wiederum sieht sich zum Handeln aufgefordert und hat folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- Jede Tankstelle darf gemäß dem sogenannten österreichischen Modell nur noch einmal am Tag um 12.00 Uhr ihre Preise anheben. Senkungen sollen hingegen unbegrenzt oft möglich sein.
- Die Beweislast, ob ein bestimmter Tankstellenpreis gerechtfertigt ist oder nicht, liegt nun beim Tankstellenunternehmen und nicht mehr beim Kartellamt.
- Das Kartellamt bekommt weitreichende Befugnisse, um in die Preispolitik der Tankstellen einzugreifen.

Grundsätzlich unterliegt der deutsche Tankstellenmarkt mit seinen aktuell ca. 14.000 Tankstellen einem starken Wettbewerb, der die Tankstellenpreise dämpft. Daher ist sehr fraglich, ob die angedachten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich zu einer Senkung des Preisniveaus führen werden. Zudem wurde Ende 2013 mit der Markttransparenzstelle beim Kartellamt ein Medium geschaffen, bei dem jede Preisänderung an einer Tankstelle sofort zu melden ist. Das damit verbundene Ziel, unzulässige Preisgestaltung aufzudecken, Preiswettbewerb zu fördern und Transparenz zu schaffen, wurde vollumfänglich erreicht. Zu guter Letzt kann sich der Autofahrer über Apps und Portale jederzeit über die aktuellen Tankstellenpreise informieren.

Neutral gesprochen ist jeder staatliche Eingriff in einen funktionierenden Markt – wie bei den Tankstellen – kritisch zu betrachten, denn er verzerrt den Wettbewerb. Darüber hinaus kann es dazu führen, dass sich Unternehmen von staatlich regulierten Märkten abwenden, der aktuell gut funktionierende Wettbewerb eingeschränkt wird und Investitionen unterbleiben. Das sollte nie das Ziel der Politik sein.



## **Talking Energy: Mobilität für alle? Zwischen Klimazielen, Kosten und Zusammenhalt**

Unter dem Titel „Mobilität für alle? Kosten, Klimaziele und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ diskutierten wir am 26. März in Berlin zentrale Fragen der aktuellen Energie- und Verkehrspolitik.

Im Fokus stand dabei die grundlegende Herausforderung: Wie lässt sich der Verkehrssektor dekarbonisieren, ohne Mobilität unbezahlbar zu machen oder die gesellschaftliche Akzeptanz zu verlieren?

Auf unserem Panel debattierten Sara-Ida Kaiser (BMW), Claus Sauter (Verbio) und Marc Breuss (Hartree Partners) über diese knifflige Frage. Die Diskussion machte deutlich, dass der Druck auf den Sektor weiter zunimmt. Klimaziele, steigende Energiepreise und wirtschaftliche

Unsicherheiten treffen gleichzeitig aufeinander – und verschärfen bestehende Zielkonflikte zwischen Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Verträglichkeit.

Ein zentrales Thema war die Weiterentwicklung der THG-Quote. Sie gilt als wichtiges Instrument zur Emissionsminderung, wirft jedoch Fragen hinsichtlich Ausgestaltung und Kostenwirkungen auf.

Auch beim Thema Technologie wurde klar, dass die Transformation nur mit einem breiten Ansatz gelingen kann. Elektrifizierung allein reicht nicht aus – es braucht das Zusammenspiel verschiedener Technologien, einschließlich erneuerbarer Kraftstoffe und bestehender Infrastrukturen.

Einigkeit bestand zudem darin, dass die Verkehrswende nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert wird. Maßnahmen müssen daher nicht nur klimawirksam, sondern auch wirtschaftlich tragfähig und für die Menschen nachvollziehbar sein.

Kurzum: Die Verkehrswende ist eine komplexe Gemeinschaftsaufgabe. Sie gelingt nur, wenn Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und soziale Aspekte gemeinsam gedacht werden.

Wir danken allen Teilnehmenden für die engagierte Diskussion und den anschließenden Austausch.



## **Erneute Verschiebung der Weiterentwicklung der THG-Quote – Koalition uneinig**

Wie der MEW aus Regierungskreisen erfuhr, verzögert sich die Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Weiterentwicklung der THG-Quote. Die ursprünglich für den 19. März 2026 geplante zweite und dritte Lesung im Bundestag wurde kurzfristig von der Tagesordnung genommen.

Hintergrund sind weiterhin bestehende Differenzen innerhalb der Koalition. Diskutiert wird insbesondere die Einführung einer eigenen Quote für den Schiffsverkehr, die von der SPD unterstützt wird, während es auf Seiten der Union offenbar Vorbehalte gibt. Zudem besteht Uneinigkeit bei der Frage, ob biogener Wasserstoff in Raffinerien auf die Quote angerechnet werden soll. Die SPD verweist dabei unter anderem auf den steigenden Kostendruck bei ohnehin knappen biogenen Ressourcen, auch im Zusammenhang mit dem geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG).

Die Gespräche innerhalb der Koalition dauern an. Ursprünglich war eine Einigung bereits in der vergangenen Woche angestrebt worden, die

Verhandlungen wurden jedoch über das Wochenende hinaus fortgesetzt. Aus den Fraktionen ist zu hören, dass weiterhin eine zeitnahe Verständigung angestrebt wird. Gleichzeitig spielen die aktuell hohen Energiepreise eine Rolle, weshalb Entscheidungen mit besonderer Sorgfalt getroffen werden sollen.

Unstrittig bleibt weiterhin das grundsätzliche Ziel, die THG-Quote schrittweise zu erhöhen – bis auf 65 Prozent im Jahr 2040.

Im Zuge dessen hat der MEW gemeinsam mit weiteren Verbänden erneut an die Bundesregierung appelliert. Zentrale Punkte dieses Appells sind unter anderem:

1. Jetzt entscheiden, nicht weiter vertagen: Die RED III muss zügig umgesetzt werden. Offene Detailfragen dürfen nicht länger den gesamten Prozess blockieren.
2. Fehlanreize zwischen Verkehrssektoren vermeiden: Der aktuelle Entwurf ermöglicht die Anrechnung von Kraftstoffen aus dem Schiffsverkehr auf die Straßenquote. Das untergräbt die Systemlogik und sollte ausgeschlossen werden.
3. Biogenen Wasserstoff sinnvoll einbinden: Eine begrenzte und klar geregelte Nutzung ist möglich. Entscheidend sind transparente Leitplanken und die Vermeidung von Nutzungskonkurrenzen. Falls kurzfristig keine Einigung gelingt, sollte die Ausgestaltung über eine Verordnung erfolgen.

Die THG-Quote ist ein zentrales Instrument für den Markthochlauf klimafreundlicher Kraftstoffe und die Wettbewerbsfähigkeit des Raffineriestandorts Deutschland. Weitere Verzögerungen senden das falsche Signal.

Das vollständige Papier mit allen Forderungen und Hintergründen finden Sie [hier](#).

Der MEW wird den Prozess weiterhin eng begleiten und sich gegenüber der Politik nachdrücklich für eine zügige, verlässliche und praxistaugliche Umsetzung einsetzen.



### **Mitgliederabend der afm+e in Hamburg: Wärmemarkt im Fokus**

Beim Mitgliederabend der Allianz für Mobilität und Energie am 24. März 2026 in Hamburg stand der Wärmemarkt im Fokus.

In einer offenen Diskussionsrunde brachten Tilman Wilhelm (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches, DVGW), Markus Staudt (Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie, BDH), Ulf Schelenz (Haus & Grund Hamburg) und Dr. Ernst-Moritz Bellinghen (en2x) ihre Perspektiven ein. Im Zentrum stand die Frage, wie Klimaschutz im Wärmemarkt nach den Erfahrungen mit dem GEG künftig breiter und praxisnäher umgesetzt werden kann – und welche Ansätze ein mögliches GMG dafür bietet.

Besonders intensiv wurde über die Ausgestaltung einer Bioquote und das Konzept der Biotreppe diskutiert – also über schrittweise steigende Anteile erneuerbarer Energien. Ein wichtiger Punkt dabei: Klimaschutz wird damit nicht mehr nur auf den Einbau neuer Heizungen beschränkt, sondern kann sofort im gesamten Bestand wirken. Damit leisten künftig alle einen Beitrag – unabhängig davon, ob gerade investiert wird oder nicht.

Auch die Rolle grüner Energieträger und die Nutzung bestehender Infrastrukturen wurden als zentrale Bausteine für einen erfolgreichen Transformationspfad hervorgehoben.

Das große Interesse hat sich auch in der Teilnehmerzahl gezeigt: Mit 49 Teilnehmenden konnten wir einen neuen Rekord verzeichnen.

Vielen Dank an unsere Gäste für die spannenden Impulse – und vor allem an unsere Mitglieder für diesen rundum gelungenen Abend!



## Delegationsreise nach Brüssel – ein Rückblick

Drei intensive und erkenntnisreiche Tage in Brüssel liegen hinter dem MEW. Im Rahmen einer Delegationsreise des Wirtschaftsforums der SPD war Jan Grubert stellvertretend für den Verband vor Ort und konnte wertvolle Einblicke in die aktuelle europäische Wirtschaftspolitik gewinnen. Die Delegation setzte sich aus Vertretern verschiedenster Branchen und Verbänden der deutschen Wirtschaft zusammen – ein Austausch über alle Sektoren hinweg.

Im Mittelpunkt standen zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern europäischer Institutionen, der Politik sowie aus Wirtschaft und Sicherheit. Besonders bereichernd war der Austausch unter anderem mit Miguel Gil Tetre (Kabinett der EU-Kommission), den Europaabgeordneten Jens Geier und René Repasi, Till Spannagel (Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU) sowie Dr. Detlef Wächter (NATO). Auch die Gespräche mit Kerstin Jorna und Aurel Ciobanu-Dordea lieferten wichtige

Impulse zur industriellen Transformation und zur Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Inhaltlich wurde deutlich, wie eng wirtschaftliche Stärke, industrielle Transformation und geopolitische Entwicklungen miteinander verknüpft sind. Themen wie Resilienz, Energiepreise, Kreislaufwirtschaft, Kapitalmarktunion und der digitale Euro unterstreichen: Europa steht vor großen Herausforderungen – und gleichzeitig vor wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft.

Zentrale Erkenntnisse aus Brüssel:

- Europa braucht mehr Tempo bei Innovation, Digitalisierung und Bürokratieabbau.
- Transformation gelingt nur im engen Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft.
- Der direkte Austausch vor Ort bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil erfolgreicher Interessenvertretung.

Die Delegationsreise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, europäische Entscheidungsprozesse aus nächster Nähe zu verstehen und aktiv zu begleiten.



### **MEW, en2x, afm+e und bft zum Kraftstoffmaßnahmenpaket: Regierungspläne verfassungsrechtlich bedenklich**

Gemeinsam mit en2x, afm+e sowie bft hat sich der MEW kritisch zum aktuellen Kraftstoffmaßnahmenpaket der Bundesregierung positioniert. In der gemeinsamen Stellungnahme bewerten die Verbände die geplanten Maßnahmen als verfassungsrechtlich bedenklich und sehen erhebliche Risiken für Wettbewerb, Investitionssicherheit und die Funktionsfähigkeit des Marktes. Insbesondere die vorgesehene Verschärfung der Missbrauchsaufsicht sowie mögliche Eingriffe ohne konkreten Nachweis von Fehlverhalten werden als problematisch eingeschätzt.

Gleichzeitig betonen MEW, en2x, afm+e und bft, dass bereits heute wirksame Instrumente zur Sicherstellung von Wettbewerb und Transparenz bestehen und zusätzliche Regulierung nicht erforderlich ist.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie auf unserer [hier](#).

---

## Kalender

18./19. Mai 2026: afm+e Mitgliederversammlung, Stuttgart  
11. Juni 2026: UTV-Mitgliederversammlung, Hamburg  
11./12. Juni 2026: FETSA-Jahresversammlung, Hamburg  
25. November 2026: UTV-Mitgliederversammlung, Hamburg

Immer aktuell: Seit kurzem finden Sie aktuelle Termine des MEW und seiner Mitgliedsverbände auf der Website des MEW unter dem Link: [www.mew-verband.de/kalender](http://www.mew-verband.de/kalender)

# 100 %

### Zahl des Monats

Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des KIT könnten die in Europa verfügbaren Rest- und Abfallstoffe theoretisch ausreichen, um bis 2040 100 Prozent des Kraftstoffbedarfs im Straßenverkehr zu decken. (Quelle: [Link](#))

### Pressespiegel

**Allen Warnungen zum Trotz: Bundestag stimmt über Spritpaket ab**  
Angesichts der hohen Spritpreise hat die Koalition im Eiltempo ein Maßnahmenpaket auf die Beine gestellt. Es dürfte nicht das letzte sein.

[Zum Artikel](#)

**Österreichs Parlament macht Weg für Spritpreis-Dämpfung frei**

Um die Folgen des Irankriegs abzufedern, hat der Nationalrat ein Maßnahmenpaket beschlossen. Eine Steuersenkung und der Eingriff in Gewinnspannen sollen die Inflation dämpfen – wenn auch nicht stoppen.

[Zum Artikel](#)

**Ineratec und Rheinmetall stellen modulare Anlagen vor**

Das Karlsruher Unternehmen Ineratec hat mit „Lifeline“ eine neue Produktreihe modularer Power-to-Liquid-Anlagen vorgestellt. Die Anlagen sollen Europas Energieversorgung dezentralisieren und die Abhängigkeit von Rohölimporten reduzieren. Die synthetischen Kraftstoffe sollen vor allem für Verteidigungsanwendungen und kritische Infrastruktur eingesetzt werden.

[Zum Artikel](#)

**Wasserstoff-Pilotprojekt in Etzel: 90 Tonnen in Kavernen eingespeist**

Beim Pilotprojekt H2CAST Etzel ist ein wichtiger Schritt abgeschlossen: Die Einspeicherung von Wasserstoff in zwei unterirdische Kavernen in Etzel (Landkreis Wittmund) ist Mitte März erfolgreich beendet worden.

[Zum Artikel](#)

Ulfert Cornelius, Dr. Hans Wenck, Axel  
Münch  
Georgenstraße 23 | 10117 Berlin  
Telefon: +49 (0) 30 – 8095045-40  
Fax: +49 (0) 30 – 20 45 12 55  
Email: [presse@mew-verband.de](mailto:presse@mew-verband.de)  
[www.mew-verband.de](http://www.mew-verband.de)

Lesen Sie hier  
die [Datenschutzerklärung](#).

Diese E-Mail wurde an {{ contact.EMAIL }} versandt.

Diese E-Mail beinhaltet den Newsletter  
der Mittelständischen Energiewirtschaft Deutschlands e.V. ([mew-verband.de](http://mew-verband.de)).

[Abmelden](#)



© 2026 MEW Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V.